

Absender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Drucksachen-Nr. 324/2001
	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Hauptausschusses am 22.05.2001

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.04.2001, die Verwaltung zu beauftragen, in der Sitzung des Hauptausschusses darzulegen, wie die weitere politische Betreuung des Reorganisationsprozesses in der Verwaltung aussehen kann

Inhalt:

Der Antrag ist beigelegt.

Stellungnahme der Bürgermeisterin:

Auf der Basis des vorliegenden Antrags wird nachfolgend der hier relevante Sachstand zum Thema Verwaltungsreform kurz dargestellt.

Wie Ihnen bekannt ist, sind wesentliche Themenfelder der Verwaltungsreform in Bergisch Gladbach erfolgreich umgesetzt worden. Wie in nahezu allen Städten, die sich mit der Realisierung des Neuen Steuerungsmodells (NSM) befasst haben, sind jedoch auch Bereiche festzustellen, in denen noch weitere Akzente gesetzt werden können. Daneben gibt es auch noch Felder, in denen die kompromisslose Realisierung der durch das NSM vorgegebenen Ideen / Instrumente auf der Grundlage der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen überdacht werden sollte.

In dieser Situation war es geboten, eine klare Bilanz zu ziehen und somit eine Bestandsanalyse zur Verwaltungsreform zu erstellen. Auf der Basis der erkannten Stärken / Schwächen wird die Bürgermeisterin dann zielorientiert das weitere Vorgehen zwischen Verwaltung und Politik abstimmen bzw. festlegen.

Zwischenzeitlich liegt diese Zwischenbilanz in den Grundzügen vor. Eine zeitnahe projektorientierte Abarbeitung ist beabsichtigt.

Wie bereits von der Bürgermeisterin angekündigt wird der Verwaltungsvorstand der Politik die wesentlichen Aussagen in einer gesonderten Veranstaltung vorstellen. Zurzeit werden noch einige Vorüberlegungen zur Einbettung strategischer Ziele in das Steuerungsmodell im Verwaltungsvorstand abgestimmt. Da die grundsätzlichen Vorstellungen zu diesem Thema bis Ende Juni abgeschlossen sein sollen, wäre aus Sicht der Bürgermeisterin ein Termin nach Ende der Ratsferien (Anfang September) möglich.

Auf der Basis des dann vorhandenen Kenntnisstandes sollte entschieden werden, wie die Einbindung der Politik in das Thema Verwaltungsreform erfolgen soll. Dabei ist die Bürgermeisterin dafür offen, ob dies entsprechend der bisherigen Festlegung weiterhin durch den Ältestenrat geschehen soll oder ob wieder eine gesonderte Lenkungsgruppe eingerichtet wird.